

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher  
Auslieferung 2,50 M., durch die Post  
3,25 M., ausl. Zustellungsgebühren  
bestimmungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im amtlichen Jahrbuch-Bereich  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Jähr unentgeltlich eingehende Manuskripte  
wird kein Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe:  
„Saale-Zig.“ gestattet.

Verantwortl. Redaktions Nr. 1140;  
der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichs-  
straße 68, I; Telephon Nr. 500 u. 501.

# Saale-Zeitung.

Dezundvierziger Jahrgang.

Werben die Spaltenzeile aber beim  
Raum mit 80 Pfg., solche an Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gr. Ulrichstraße 68, I sowie von  
unserem Annahmestellen und allen  
Annahmestellen Expeditionen angenommen.  
Restama die Zeile 75 Pfg. für Halle  
und außerhalb 1 M.  
Ercheint täglich zweimal,  
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Brunnstraße 17;  
Rebengeldstraße, Markt 24.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichs-  
straße 68, I; Telephon Nr. 500 u. 501.

Nr. 37.

Halle a. S., Sonnabend, den 23. Januar

1909.

## Selbstverwaltung in der Sozialpolitik.

Bei der ersten Lesung des Entwurfes eines Arbeits-  
ammergesetzes hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Pott-  
hoff einen Gedanken weiter aufgenommen, den D. K. a. u. m.  
n schon im März vorigen Jahres bei der Besprechung  
des Vorentwurfs ausgeführt hatte: daß durch die paritätischen  
Arbeitskammern die Möglichkeit gegeben wäre, die  
Durchführung der sozialen Gesetze, des Arbeiterschutzes, in  
die Hände der Beteiligten selbst zu legen, unsere gegen-  
wärtige bürokratische Sozialpolitik in eine Politik der  
Selbstverwaltung zu verwandeln. Zwecklos ist das ein be-  
deutender, fruchtbarer Gedanke, wenn aus seiner Durch-  
führung erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, da man  
sehr vorsichtig vorgehen muß und es nicht leicht sein wird,  
gesetzlich die Grenze zu bestimmen, bis zu der man mit Erfolg  
gehen kann. Es wird nicht angängig sein, die Strafbesugnisse  
der Polizei und die Aufsichtsbefugnisse der Gewerbe-  
inspektion dem Kollegium der Arbeitskammern zu über-  
tragen. Aber eine Reihe von Befugnissen kann man ihnen  
sicher geben, so die gesamte begünstigende Tätigkeit, die jetzt  
in der Gewerbeordnung den Gemeinden, den Verwaltung-  
behörden oder den Beteiligten zugeprochen ist, ferner den  
Erlaß von Ausführungsbestimmungen, soweit sie heute bei  
lokalen Instanzen ruht, schließlich auch Dinge wie die Prü-  
fung und Korrektur von Arbeitsordnungen oder dergleichen.  
Der Entwurf bringt selbst einige Andeutungen in dieser  
Richtung, über die man gern erheblich hinausgehen kann.

Der Staatssekretär hat in der wirkungslosen Rede, mit  
der er die Beratung des Entwurfes einleitete, die Hoffnung  
ausgesprochen, daß nach englischem Vorbild das Zusam-  
menwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den  
Arbeitskammern manches gemeinbegünstigende Gesetz  
erleichtern würde. Diefem Wunsche stimmen gewiß alle  
zu, und der Vdg. Potthoff bezeichnete es mit Recht als eine  
der besten Leistungen der neuen Einrichtung, wenn sie sich  
als Maschine zur Ersparung gelebiger Arbeit be-  
währe. Dazu ist aber volle Bewegungsfreiheit, Initiative  
und Selbstverwaltung der Arbeitskammern nötig. In dieser  
Beziehung werden die Freisinnigen in der Kommission weit-  
gehende Verbesserungsanträge stellen. Gelegentlich des Zu-  
tritts der preussischen Städteordnung hat man so viel-  
fach die Aussprüche Steins über den Segen freier Selbstver-  
waltung zitiert. Wenn irgend wo, so muß sie auf dem Ge-  
biete der Sozialpolitik wirksam sein, weil unsere Gewerbe  
sich in steigendem Maße über die polizeiliche Verordnung  
beschwern und eine wirklich gute Sozialpolitik nur entsteht,  
wenn die Beteiligten selbst nicht nur einem äußeren Zwange,  
sondern eigener Einsicht gehorchen.

## Steuernzuschläge.

Die Beschlüsse des preussischen Abgeordnetenhauses.  
# Zu den in der gestrigen Abendausgabe der „Saale-  
Zeitung“ bereits mitgeteilten Beschlüssen der Steuer-  
kommission des Landtags, die das „Berliner Tageblatt“  
das „Angeheuerliche“ nennt, was man von dem „Drei-  
Mäusenland“ erwarten konnte“, schreibt uns ein Par-  
lamentarier unterm 22. d. M.:

Die Beschlüsse der Kommission stellen eine Verständi-  
gung aller Parteien mit der Regierung dar, so daß  
an ihrer Annahme im Plenum des Abgeordnet-  
hauses wohl nicht zu zweifeln ist. Die liberalen  
Parteien haben in eine erhöhte Belastung der  
Alliengesellschaften und der anderen nicht pflanzlichen  
Personen eingewilligt, weil sie nur auf diese Weise  
die Gesellschaftsteuer mit ihrer weit höheren Be-  
lastung der Alliengesellschaften abwehren konnten.  
Zu beachten ist dabei, daß bei dem jetzigen System  
doch immer noch die ersten 3% Prozent des Ertrages  
frei bleiben, und daß es den liberalen Parteien ge-  
lungen ist, die Genossenschaften und die Konsumver-  
eine von den höheren Zuschlägen zu befreien, vor  
allem aber, daß der provisorische Charakter der Zu-  
schläge auf die Dauer von höchstens drei Jahren ge-  
setzlich festgelegt werden soll.

Was die Herabsetzung der zulassungspflichtigen  
Stufen von 3000 Mark auf 1200 Mark anlangt, so sei  
darauf hingewiesen, daß die konservativen Parteien  
alle Einkommensteuerrufen (auch die bis zu 900 Mark  
herunter) mit den Zuschlägen belegt wissen wollten,  
daß die Zuschläge in den unteren Stufen sehr gering  
sind (5 Prozent und 10 Prozent der Steuer), und  
daß durch die weitere Ausgestaltung des Kinder-  
privilegs (§ 19 des Einkommensteuergesetzes) den un-  
teren Stufen der Einkommensteuer eine ausgedehnte  
Erleichterung gewährt ist. Die Staatsregie-  
rung hat den Mehrerfall an der Ein-  
kommensteuer infolge der Erweiterung  
des Kinderprivilegs auf fünf Millio-  
nen Mark jährlich veranschlagt.

Was die in Aussicht genommenen Stempel-  
erhöhungen anlangt, so kann man sich mit der  
geplanten Verteilung der Jagdpachtverträge mit  
10 Prozent des jährlichen Pachtzinses und mit der  
Erhöhung der Gebühren für die Jagdscheine von 15  
Mark auf 22,50 Mark gewiß einverstanden erklären.  
An der bekanntlich stark steigenden Tendenz der Jagd-

pachten wird der Zuschlag kaum etwas ändern. Auch  
die Zahl der in Preußen ausgegebenen Jagdscheine  
hat sich trotz der erst vor einigen Jahren erfolgten  
starken Erhöhung der Gebühren beständig vermehrt.  
Der Zuschlag von 50 Prozent würde natürlich in die  
Staatskasse fließen, während jetzt bekanntlich die  
Gebühren für die Jagdscheine den Kommunalver-  
bänden zukommen.

Von besonderem Interesse für Halle war die in der  
Budgetkommission seitens des Finanzministers ge-  
gebene Anregung, das Gesetz für die Neuregelung der  
Wohnungszuschüsse in Preußen besonders zu ver-  
abschieden, also nicht auf die anstehende noch nicht so  
bald erfolgende Regelung des Servistarfs im Reichs-  
tag zu warten. Mit dem Gedanken, die preussischen  
Städte in ihren bisherigen Verhältnissen zu be-  
lassen und dafür den bisher generell mit 50 Pro-  
zent in Aussicht genommenen Zuschlag zum Wohnungs-  
geldzuschuß etwas herabzusetzen (um den Rahmen der  
verfügbaren Mittel nicht zu überschreiten), wird man  
sich gewiß bei uns Befreunden können.

## Deutsches Reich.

### Fürst Bülow und die Konservativen.

Nicht nur in dem Teil der deutschen Presse, der  
ihnen zur Verfügung steht, geben die Konservativen ihrer  
Mißstimmung gegen den Kanzler Ausdruck, auch die aus-  
ländische Presse wird, wie aus der folgenden Nachricht her-  
vorgeht, dazu benutzt, dem Fürsten Bülow zu befechtigen,  
daß man nicht mehr zufrieden mit ihm ist:

In Ergänzung unserer telegraphischen Meldung bringen  
wir noch folgende Äußerung des konservativen Reichs-  
tagsmitgliedes v. Treuenfels zu dem Mitarbeiter des  
„Paris“, „Matin“:

„Man wundern sich allgemein, daß Fürst Bülow die An-  
griffe auf seinen innerlichen Herrn so lange  
unbeantwortet ließ. Gehe gegen die Sozialdemokratie  
würden sicher gerechtfertigt. Wir glauben aber nicht an die  
ausreichende Energie der Regierung, wir sind zu sehr an  
ihre Bindungen vor der Linken gewöhnt. Man  
kann nur hoffen, daß Bülows Verhältnis zu konser-  
vativen Partei sich entspannen zu Ungunsten des  
Reichstanzlers geändert hat.“

Eine weitere Äußerung an der Kanzler bildete das Miß-  
trauensvotum der Berlinker und der weckpöblichen  
Konservativen. Hierbei hat Herr v. Oiden-  
burg-Zanuschau u. a. folgendes erklärt:

Fürst Bülow besitzt eine Villa in Rom; habe, daß er  
keinen Grundbesitz bei Tiffit der Rummelsburg  
hat! Er würde sonst über die tatsächliche Stimmung und  
die Forderungen des Volkes — wenigstens des Teiles des  
Volkes, auf dem die Stärke der Monarchie und damit des  
Reiches beruht hat, ruht und ruhen wird — besser orientiert  
sein. Er würde die Gründe würdigen, aus denen für die  
Konservativen die Nachschäfferen unmöglich ist. O  
ne Preußen ist das Reich nichts, ohne dies  
geht es unter der Führung der süddeutschen Demokraten  
einer dunklen Zukunft entgegen. Der Redner behauptet  
weiter, er sei nicht in dem Maße Parteilichkeit, wie es ihm  
nachgelegt werde. Er sei Royalist, und diese seine Gesinnung  
hört nicht an der Grenze Preußens, sondern, erst der des  
Reiches auf. Er sei sogar mitunter plus royaliste que le  
roi, nicht aus Mitleidsgründen, sondern aus Über-  
zeugung. Wir verdrängen uns nicht, sondern haben offen  
und ehrlich da, sowie wir glauben, daß es nützlich ist für  
König und Vaterland. — Im Abgeordnetenhaus wie im  
Reichstage erleben wir Überbräunungen bezüglich der  
Finanzen. Das große Defizit ist durch die in der Ver-  
gangenheit zum Teil unüberlegt gegebenen Beschlüsse ent-  
standen, die nun eingelöst werden müssen. Da sind die un-  
sangeleglichen Bauten für die schönen Künste zu vollenden;  
da sind Hunderte von Millionen unfruchtbar für Kanal-  
bauten weggegeben. Da sind den Beamten und Lehrern in  
einer Zeit, als das Königreich Preußen finanziell besser da-  
stand, Verwahrungen gemacht, die natürlich gehalten werden  
müssen. Ernst und eigentümlich muß ich der Kampf, der  
aus uns als Wahlrecht hervorgeht. Das Reich hat das  
allgemeine gleiche Wahlrecht und die indirekten Steuern,  
das heißt für das Recht zu wählen ist die Pflicht da, in-  
direkte Steuern zu zahlen. In Preußen sind die befreit-  
lichten Klassen steuerfrei, die Wohlhabenden tragen die  
Lasten. Da ist es doch auch selbstverständlich, daß sie in  
erhöhtem Maße über die Befähigte Preußens mitzureden  
haben. (Beifallsrufe und sehr richtig!) Die Kon-  
servativen haben keinen Anlaß, an dieser Situation etwas  
zu ändern. Mag das Reich nun, was es will; so lange  
Preußen sicher ruht auf der Verfassung, auf der Autorität  
des Königs und der Autorität und Mitharbeit der Klassen,  
die mit politischem Verständnis und Verantwortlichkeits-  
gefühl begabt sind, so lange ist der König von  
Preußen der stärkste Mann der Welt! (Beifall.)  
Wird die Verfassung auch in Preußen ratifziert,  
so ist der König von Preußen nicht mehr zu fassen.“

## „Präludium.“

# Aus der „Zukunft“ (Nr. 17) kündigt dem König  
von England zu seinem Besuche folgendes Präludium ent-  
gegen:

„Edward kann kommen. Am Ende bringt der erfahrene  
Acquittur aus Berlin Einträgliches mit. Dort, woanders aus  
der Eden, ist man nicht so ruhig wie in London; weil man  
nicht ahnt, was der König will, ob er den jugged-  
lichen Reffen umgibt, dessen jungen  
Pessimismus zu nützen trachtet und ob der Kaiser  
sich wieder des Herzens Schrein öffnen wird. Dabei tut man,  
als habe sich in Deutschland nichts geändert und der Zustand, der  
Franzosen und Briten behagte, der Fall des Wortepitels in  
der Adresszeit kaum berührt. „Ein Mißverständnis von kurzer  
Dauer: in Parlament und Presse sagen's die Berufenen ja selbst.“  
Und haben durch solches Neben dem Reich, in dessen Dienst sie  
gemeinet sind. Glaubt ihnen nicht! Euer Reisender kommt  
in ein Deutschland, das er noch nicht sah. Der Kaiser wird zu ihm  
über Staatsgeschäfte sein Wort pressen, dessen  
Tragweite nicht vorher mit dem verantwortlichen Berater ernst-  
haft erörtern darf. Das hat er der Nation versprochen; und die  
Nation fordert pünktliche Erfüllung. Dann wird sie prüfen, ob  
der Beschluß in die Richtung ihres Willens paßt. Girlanden und  
Komplimente kann der liebe  
Onkel getrost zu Haus lassen; in der Kammer, wo die  
Requisiten für Komödientenbesuche gespeichert sind. Wir haben ihn  
an der Arbeit gesehen und wissen, was von ihm zu erwarten ist.  
Sind nicht zu kindisch, vom englischen, der, als Sohn Alberts  
und als Bourbonprinz, sein Angehörigkeit wie ein Diadem  
tragen mußte, die Wahrnehmung deutscher Interessen zu verlangen.  
Er treibt, wie die Pflicht ihm gebietet, englische Politik und hat  
gegen Deutschland gewiß und Freunde gewonnen, weil er an-  
genommen mußte, Deutschland bedürfe die Seeherrschaft und die  
islamische Stellung Britanniens. Ehe diese Grundfragen nicht  
eine beiden Ländern genügende Antwort gefunden ist, wird zwischen  
England und dem Deutschen Reich nicht Frieden. Edward kommt  
nicht als arbiter mundi, nicht als Beherrscher zu einem Basallen.  
Ob er zürnt oder lächelt: wir sind so stark wie er samt  
seinen Kontingen: Höflich wollen wir ihn grüßen; doch  
die Würde deutschen Namens wahren. Und ihm nicht vorliegen,  
daß Deutschland ihn ehrt für sich liebt.“

## Dänisches Mißtrauen gegen Deutschland.

Die Londoner „Morning Post“ veröffentlicht eine recht  
sensational gezeichnete Meldung aus Kopenhagen, derzufolge  
der dänische Ministerpräsident Neergaard sich  
über alle Bewegungen der deutschen Kriegsschiffe in dänischen  
Gewässern informieren lasse. Die allgemeine Ner-  
vosität unter der dänischen Bevölkerung nehme erschütternd zu.  
— In England anscheinend auch, sonst würde man solche  
Ereignisse nicht aufleuchten lassen!

## Annahme der sächsischen Wahlreform.

Nach der Annahme der Kompromißfassung der Wahl-  
rechtsvorlage durch die erste Kammer, war an der Zustim-  
mung der zweiten Kammer nicht mehr zu zweifeln. Immer-  
hin gestaltete sich der Verlauf der Sitzung, in der die end-  
gültige Annahme erfolgte, recht interessant. Hierzu wird  
berichtet:

Dresden, 22. Jan. Der heutigen Sitzung der zweiten  
Kammer, die sich mit dem neuen Wahlgesetz befassen hatte,  
wohnten sämtliche Minister bei. Die Tribunen waren über-  
füllt. Die Sitzung begann mit einem Vortrag des kon-  
servativen Berichterstatters der außerordentlichen  
Wahlrechtsdeputation, Abgeordneten Dr. Kähler, dem  
der nationale liberale Berichterstatter, Abgeordneter  
Fetner, folgte. Beide beantragten die in bloßer Annahme der  
gesamten Vorlage, wie sie von der ersten Kammer gekommen  
ist. Dann gab als Sprecher der Konservativen der Abge-  
ordnete Hänel die Erklärung ab, daß die Fraktion zwar  
die sogenannte Eventualvorlage lieber zum Gesetz erhoben  
hätte, daß sie aber der Vorlage der ersten Kammer zu-  
stimmen wolle, um der Sache ein Ende zu machen. Abge-  
ordneter Fetner erklärte die Zustimmung der national-  
liberalen Fraktion.

Der Staatsminister Grafen v. Hohenthal, der  
jetzt das Wort ergriff, war das Bedauern darüber, daß die  
Mittelständler jetzt wie den bekannten Vorkämpfer  
die Felle fortgeschossen sind, aufrichtig. Der Minister  
hat augenscheinlich die Mittelständler ganz besonders in sein  
Herz geschlossen. Daß ihre politische Benennung auf den  
heftigsten Widerstand bei den sächsischen Industriellen und  
überhaupt in all den Kreisen führen würde, die für die wirt-  
schaftliche und kulturelle Bedeutung Sachsens den Ausschlag  
geben, haben wir vorausgesehen. So mußte Graf Hohenthal  
heute dem „Mittelstand“ Resignation empfehlen, wie die  
Regierung auch in der Wahlrechtsfrage überlegen sei. Sie  
würde unverantwortlich gehandelt haben, wenn sie wegen  
der Mittelständler überhaupt das Wahlrecht hätte scheitern  
lassen.

Sehr scharf ging namens der Freisinnigen der  
Abgeordnete Günther mit den Vorlägigen ins Gericht. Er  
behauptete, daß diese von beiden Kammern nicht ver-  
fassungsmäßig behandelt seien. Ihm erschien eine  
gründlichere Beratung notwendig, selbst wenn der Landtag  
noch einige Tage länger sitzen müsse. Der Redner stellt  
einige Verbesserungsanträge, unter anderen, Gesamtneue-

zung der Kammer alle vier statt sechs Jahre, die aber keine Aussicht auf Annahme haben.

Nachdem dann noch eine Reihe von Rednern gesprochen hatten, wurde das neue Wahlgesetz mit 72 gegen 5 Stimmen angenommen.

### Der Wehrstreit.

Zum deutsch-schweizerischen Wehrstreit äußert die „Südröser Post“, wie aus Vorn gemeldet wird, folgende Ansichten:

Die Mehrzahl der Müller wollen nichts von einem Verträge mit den deutschen Großmüllern wissen. Die Schweiz werde sich ein Monopol nicht als Rettungsmittel für die Müllerer aufbauen lassen, sondern es nur annehmen, wenn es wirtschaftliche Vorteile biete. In Anwendung von Artikel 4 des Schweizer Zollgesetzes sei die Erhebung eines Zollzuschlags aus auf deutsches Recht zu fordern.

### Zum Rücktritt des Oberbürgermeisters von Altona.

Die ersten näheren Mitteilungen über die Gründe des Rücktritts des Oberbürgermeisters von Altona Dr. Tettenborn erfolgten in der Generalversammlung des Haus- und Grundbesitzvereins in Otensen durch den Stadtverordneten Sanitätsrat Dr. Reeber, nachdem zu einer weiteren Geheimhaltung sein Ansehen mehr vorlag. Danach ist in der geheimen Sitzung der Stadtverordneten vom 7. Januar im Anschluß an eine Magistratsvorlage über den Küßbrandvertrag, die nicht genügend vorbereitet erschien, einstimmig der Aufzuredenheit Ausdruck gegeben worden mit der Amtstätigkeit des Oberbürgermeisters, der dabei die für die Verwaltung eines Gemeinwesens wie das der Stadt Altona unentbehrlichen Eigenschaften der Umsicht und Tatkraft vermissen lasse. In einem Schreiben an den Magistrat kam dieses Mißtrauensvotum zum Ausdruck, wobei zugleich erklärt wurde, daß ein ferneres Verbleiben des Oberbürgermeisters im Amte für die Stadt nicht ersprießlich erscheine. In einer am Tage nach dem Empfang dieses Schreibens mit dem Bürgerwortführer gepflogenen Verhandlung erklärte sich Dr. Tettenborn zum Rücktritt bereit, und es wurde dann von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig der Beschluß eines (inzwischen rechtskräftig vollzogenen) Vertrages beschlossen, wonach jener für den Rest seiner Wahlperiode (Herbst 1907) das volle Gehalt weiterbezieht und von da ab die gesetzliche Pension erhält; übernimmt Dr. Tettenborn jedoch eine andere pensionfähige Stellung, so soll deren Einkommen an dem von der Stadt Altona zu zahlenden Betrage gekürzt werden. Wegen die persönliche Ehrenhaftigkeit Dr. Tettenborns ist nach dem weiter in der Versammlung gemachten Ausführungen nichts einzuwenden, auch die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen etwaiger Amtsverfehlungen ausgeschlossen. Dagegen stimmte man darin überein, seine dreijährige Verwaltung des Oberbürgermeisterpostens, die allerdings durch vielfache, durch Tod oder Ausscheiden veranlaßte Veränderungen im Magistratskollegium noch erschwert worden, habe gezeigt, daß er nicht über jenes Maß von Energie und geistiger Bedeutung verfüge, das für einen Mann unerlässlich sei, der die Geschäfte einer Großstadt zu leiten berufen ist.

## Deutscher Reichstag.

191. Sitzung vom 22. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Solweg. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten und erbittet und erhält die Genehmigung, dem Kaiser die Glückwünsche des Hauses zu seinem demnächstigen Geburtstag zu übermitteln.

### Die Handhabung des Vereinsgesetzes.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Interpellationen der Sozialdemokraten und Polen über die Handhabung des Vereinsgesetzes.

#### Abg. Koenen (Str.):

Der Staatssekretär hat sich die Verantwortung der Interpellationen recht leicht gemacht. Er hat nur eine Schilderung der Entwicklung der politischen Bewegung im Westen gegeben, weiter nichts. Er hat es hingestellt, als ob wir im Westen von den Polen geradezu bedrängt würden. Er hat aber vergessen hinzuzufügen, daß die holländischen Drangsalierungen allein schuld daran sind, wenn die Polen sich bedrängt fühlen, wenn sie sich dagegen wehren, daß ihr ausgeprägtes Nationalgefühl verletzt wird. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn die politischen Gewerkschaften politische Zwecke verfolgen, so liegt das daran, daß es den Polen unmöglich ist, sich politisch zu organisieren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn aber auch die politischen Gewerkschaften ihre Kompetenzen überschreiten, so denken sie noch lange nicht an eine Auflösung der politischen Landbestelle von Preußen. Mit allen diesen Dingen hat aber die Frage, die uns jetzt beschäftigt, gar nichts zu tun. Wir halten uns nur an die Erklärung des Staatssekretärs bei der Beratung des Vereinsgesetzes, daß alle Arbeiterorganisationen, ohne Ausnahme von Sprachenparagrafen nicht betroffen werden sollen. (Sehr richtig! im Str.) Weiter hat aber der Staatssekretär versucht, den eigentlichen Kernpunkt der Situation zu verschleiern. (Widerspruch.) Er meinte, der Reichsfänger habe nichts mit den Mißbräuchen zu tun, das sei Sache der Einzelregierungen. Warum ist aber der Staatssekretär dann zu den Interpellanten so entgegenkommend gewesen, wenn er es nicht nötig hätte? (Lachen.) Jedenfalls handelt es sich für uns darum, daß tatsächlich die politischen Gewerkschaften unter den Sprachenparagrafen fallen entgegen der früheren Erklärung der Regierung. Es sind Vorfälle, die sie vorgenommen, die man nicht für möglich halten sollte. Daran sind nicht etwa die ausübenden Organe schuld, die Schuld liegt an dem nicht ethischen Gehalt und an dem, die es geschaffen haben. (Sehr richtig! im Str.) Dr. Müller spielt eine Sonderrolle bei der ganzen Sache. Er fragte den Staatssekretär vor der Beratung des Gesetzes, ob die ganze Gewerkschaftsbewegung von Sprachenparagrafen befreit bleiben solle. Das bestätigte dieser. Da gehört doch geradezu ein logisches Saltomortale dazu, wenn man trotzdem die Polen ausschließen will. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Polen.) Dr. Müller werde aber nun zu einem Rückfall. Er erklärte noch Einführung des Gesetzes möglich, er habe bei seiner An-

frage an den Staatssekretär die Polen schon vorher ausgeschlossen und nur an die deutschen Gewerkschaften gedacht. Die Sache ist ganz irreführend, er fragt nach der ganzen Gewerkschaftsbewegung, meint aber nicht die ganze Bewegung. (Beifall.)

Jedenfalls werden unsere Verhandlungen nicht viel helfen, wenn nicht das Gesetz abgeändert wird. Es hat nirgends Segen gebracht, sondern überall nur neue Fesseln gelegt. (Beifall im Zentrum, Widerspruch links.) Es ist nun einmal ein Gesetz nachgesetzt gegen die politisch mißliebigen Parteien. (Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

#### Abg. Hans Coler zu Putzig (Sen.):

Auch ich bin der Ansicht, daß die Wünsche der Interpellanten nur durch eine Abänderung des Gesetzes erreicht werden könnten. Die Vorwürfe gegen den Staatssekretär waren unbegründet, er hat völliig loyal und korrekt gehandelt. (Beifall.) Wenn es sich um die richtige Ausübung eines Reichsgesetzes handelt, so sind wir die ersten, die dafür eintreten, die als Hort davor stehen. (Beifall rechts.) In der Materie sind weite Kreise interessiert. Wer sich in seinen Rechten verletzt fühlte, hatte den Beschwerdemweg offen und schließlich mittelbar auch den Weg der Interpellation. Die vorliegenden Interpellationen sind aber völlig verfehlt. (Sehr richtig! rechts.) Die Interpellanten hätten doch wenigstens abwarten sollen, bis die verschiedenen Beschwerden ihre Erledigung gefunden haben. (Sehr richtig! Links.) Man hat mit dem Ende angefangen. Der Reichstag hat doch auch nicht dazu beigetragen, daß die Beschlüsse der einzelnen untergeordneten Organe zu unterlaufen, über die nach gar nicht endgültig entschieden worden ist. Wir können die einzelnen Fälle doch gar nicht prüfen. Der Staatssekretär hat so gehandelt, wie er mußte. Wir legen Wert darauf, daß das Gesetz genau so gehandhabt wird, wie die Bestimmungen lauten. Das überraschende Ergebnis der Erörterung ist die außerordentlich geringe Anzahl der Verträge. (Sehr richtig!) Im ganzen Lande aber gibt es viele, die sich fragen, ob der Reichstag nichts Besseres zu tun wisse, als sich über diese verfehlten Interpellationen zu unterhalten. (Sehr richtig!) Es liegen sehr viele andere wichtige und dringende Arbeiten vor, die erledigt werden müssen. (Beifall sehr richtig.)

#### Abg. Gund (natl.):

Ich bedauere es nicht, daß diese Interpellationen eingebracht wurden, denn wir haben das Recht, uns wegen der Ausführung von Reichsgesetzen an die Reichsregierung zu wenden. Ich bedauere es vielmehr nur, daß uns die bestehende Geschäftsordnung nicht das Recht gibt, einem Manne das Vertrauen auszusprechen, das er redlich verdient hat. Wir sind der Meinung, daß im ganzen durchaus vorerst verzichtet werden ist. Prinzipiell wollen wir, daß Berufsvereinigungen, zunächst einmal abgesehen von den politischen, möglichst geschont werden müssen. Wie denn überhaupt für das Vereinswesen möglichst Freiheit erwünscht ist. Was nun aber die politischen Berufsvereinigungen anlangt, so haben wir doch gestern geradezu eine erdrückende Fülle von Beschlüssen erhalten, die die politischen Gewerkschaften politische, nationalpolitische Ziele verfolgen. (Widerspruch und Beifall.) Ich habe deshalb ausgesprochen, daß meine Freunde die Angriffe auf den Sprachenparagrafen für verfehlt halten.

Die einzelnen Bundesstaaten sind mit dem Gesetz ganz zufrieden. Man darf sich nicht wundern, wenn in Preußen und Sachsen untergeordnete Behörden sich Mißgriffe zu Schulden haben kommen lassen. Was die Herren Interpellanten nach wochenlangen Vorarbeiten und vielen Anrufen in den Zeitungen zusammengebracht haben, ist wirklich ein armseliges Material. Nach dem Gehalt der Presse hätte ich tatsächlich mehr erwartet. Wir treten für eine durchaus vorurteilsfreie Anwendung des Gesetzes ein, und können dem Herrn Staatssekretär das volle Vertrauen zu seiner Loyalität aussprechen. (Beif. Beifall bei der Mehrheit.)

#### Abg. Dr. Müller-Meinigen (fr. Sp.):

Kein Mensch, der an den Kommissionssitzungen teil nahm, hat daran geweißt, daß die politischen Gewerkschaften unter das Gesetz fallen sollen. Der Staatssekretär war durchaus korrekt. Es gehört ein gutes Quantum von bösem Willen dazu, mit solchen Angriffen wie die Herren Ledebour und Koerner zu kommen. Eine politische Gewerkschaft ohne nationalpolitische Ziele ist eine Kontradiction. Dafür hat der Staatssekretär geltend erdrückendes Material erbracht. (Sehr richtig! links.) Nur als Demokrat ist politisches Zwede werden die politischen Gewerkschaften benutzt. Warum muß der Sprachenparagrafen gegen sie angewandt werden? Warum wären Dummköpfe gewesen, wenn wir unter den Sprachenparagrafen das Gesetz nicht angenommen hätten. Es gibt wohl keine Angehörten hier, der nicht von den Ausführungen des Kollegen v. Bethmann überzeugt gewesen wäre. (Gr. Heiterkeit.) Zuruf: Somett ist's noch nicht mit Ihnen! Erneute Heiterkeit.) Die bayerischen Sozialdemokraten unterscheiden sich in der Beurteilung des Vereinsgesetzes erheblich von den Norddeutschen. Vielleicht liegt das daran, daß die königlich bayerische Sozialdemokratie zu einigen bayerischen Ministern in einem sehr guten Verhältnis steht. (Gr. Heiterkeit.) Sätte die bayerische Regierung durch fleischliche Schlitzen die Genossen zusammengetrieben, dann wäre die ganze schöne Weilerfinger nicht zum Vorschein gekommen. (Gr. Heiterkeit.) Dann hätten die süddeutschen „Bierdimpfel“, die „bayerischen Aretins, die sich das Hirn schon mit Bier weggeschwemmt haben“, von den norddeutschen Zionswählern nicht so schön die Meinung gesagt bekommen. (Gr. Heiterkeit. Lärm in den Soz.) Ich empfehle der preußischen und sächsischen Regierung daselbe Verfahren. Man sollte doch einsehen, daß es ganz verfehlt ist, ein politisches Martrium zu schaffen, durch das die Sozialdemokratie nur Willkür sich schafft. (Gr. Heiterkeit.) Ich wollte niemandem beleidigen. Die Mitläufer werden bald von der Sozialdemokratie abfallen, wenn diese nicht mehr mit allerlei politischen Mißgriffen treten gehen kann. (Sehr richtig!) In Leipzig, der Stadt der Intelligenz, sollte Prof. Jorel einen Vortrag halten, der aber einen Tag vorher infolge eines Gehirnschlags des Vortrags vor öffentlichen Sitzungen nicht vorgetragen wurde. In der Begründung des Verbots sprach die Kreisheuptmannschaft von pseudowissenschaftlichen Darstellungen des Prof. Jorel. Sind denn die „Logen zum grünen Feigenblatt“ so mächtig, daß ihnen ohne weiteres die Polizeibefugnisse folgen? (Große Heiterkeit.) In Halle fragte die Polizei: Hat denn dieser Prof. Jorel einen Anstich? (Gr. Heiterkeit.) Diese Polizeibeauftragte bei der Anwendung des Gesetzes auszuschließen, wird allerdings erst mit der Zeit möglich sein. Wir werden nicht rasen, bis das Gesetz in liberalem Geiste angewendet wird. (Beif. Beifall links.)

#### Abg. Kolbe (Rp.):

Wir sind mit der Erklärung des Staatssekretärs vollständig einverstanden. Daß sich Abg. Koenen so der Polen angenommen hat, ist bei dem Gegenstandesvertrag zwischen Polen und Zentrum nicht verwunderlich. Der Redner weist durch zahlreiche Zitate aus der polnischen Presse nach, daß die politischen Gewerkschaften, Turn- und Geselligkeitsvereine fast ausschließlich nationalpolitische Tendenzen verfolgen. Solche und Strazkvereine haben vollkommen taatsfeindliche Ziele. Es ist bedauerlich, daß es eine ganze Partei gibt, die lieber dem deutschen Volk das Messer an die Kehle legt und es züsig abschlagen läßt, nur um seine Partei-

interessen zu verfolgen. (Lärm im Zentrum: Welche Partei ist das?) Diejenige, die sich getroffen fählt. (Gr. Lärm im Zentrum.)

Sächsischer Bundesversammlung: Geh. Rat Bilsch: Wir haben in Sachsen das lebhafteste Bestreben, eine freieschlichte Praxis zu üben.

#### Abg. Götze (fr. Sp.):

Ich war durch Krankheit verhindert, an den Kommissionssitzungen teilzunehmen, und deshalb nur durch die Presse kurz informiert. Nach Rücksprache mit meinen Freunden habe ich erfahren, daß die Erklärung des Staatssekretärs bezüglich des Sprachenparagrafen tatsächlich beschränkt war, und daß der Gebrauch der politischen Sprache nur infoweit in den Gewerkschaftsversammlungen gewährt werden sollte, als diese nicht politischen Betreibungen dienen sollten. (Hört, hört!) Auch ich bin der Meinung, daß der Staatssekretär den Beweis erbracht hat, daß die politischen Gewerkschaften im Sinne seiner Erklärung unter den Sprachenparagrafen fallen.

#### Abg. Kistka (Str. Fr.):

In Eßob-Lothringen können wir über den Sprachenparagrafen noch nicht klagen, viellecht kommt das aber noch bei den Wahlen. Hoffentlich belehrt der Staatssekretär unsere Regierung bald, wie sie sich zu dem Gesetz verhalten soll.

#### Ul. Bevollmächtigter Dr. Sieveking:

Die Zweifel an der Loyalität der reichsständischen Regierung sind durchaus unbegründet.

Abg. Hansen (Sine) führt Beschwerde über liberale Handhabung des Gesetzes gegenüber bänischen Vereinen.

Hierauf wird die Debatte auf Sonnabend, 11 Uhr, vertagt, vorher kleinere Vorlagen.

## Ausland.

### Die Or entrischen.

#### Eine englische Friedensmahnung.

Von der Audienz, die der englische Botschafter B. H. Whitehead am Donnerstag bei Königin Peter hatte, erfährt man von durchaus zuverlässiger Seite folgendes: Der Botschafter erschien im Auftrag der englischen Regierung in keinem Falle auf die Diffe oder Unterfertigung Englands rechnen könnte, wenn es sich in eine unüberlegte oder gar kriegerische Aktion einließ. England habe Serbien genug Zeichen seines ungenügenden Wohlwollens gegeben, um fordern zu können, daß Serbien seine Handlungen beehere, durch die der Friede auf dem Balkan gefährdet werden könnte. Außerdem erklärte der englische Botschafter, daß England Serbien nahe lege, seine übermäßigen Rüstungen einzustellen, die den Glauben erwecken, daß Serbien auf eine ausschließliche kriegerische Vermittlung ausgehe.

#### Appell Serbiens an die Mächte.

Das „Echo de Paris“ erzählt, daß Serbien den Mächten ein weltändiges Programm seiner Forderungen überreichen wird, in dem außer der Garantie der territorialen Unabhängigkeit und der Sicherung einer Gleichberechtigung mit dem Aristokratischen Meer noch eine neue Forderung enthalten ist, die Serbien verlangt, bei der mehrere, jetzt von Oesterreich besetzte Donauinseln in serbischen Besitz gelangen sollen. Es läßt sich voraussehen, daß für so weit gehende Kompensationen auf seine Unterstützung von Seiten der Mächte zu rechnen ist.

#### Das höchste Angebot Bulgariens.

Wie aus Sofia verlautet, ist die bulgarische Regierung jetzt bereit, die der Türkei zu bewilligende Entschädigung von 20 auf 10 Millionen Francs zu erhöhen. Dieses Angebot bedeutet jedoch das allerhöchste Entgegenkommen zu dem Bulgarischen sich verstehen würde. Sollte die Türkei dieses Angebot nicht akzeptieren, so wird die bulgarische Regierung viellecht auf den von türkischer Seite gemachten Vorschlag der Abtretung eines bulgarischen Landstrichs an der türkischen Grenze zurückgreifen.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S. 23. Januar.

### Die Staats- und Provinziallotterien.

zeigen im neuen Etat wieder die gewohnte steigende Tendenz. Im ganzen sind 382 469 Mark dafür aufzuwenden, das sind 37 613 Mark mehr als im Vorjahre.

Im einzelnen stellen sich die Ausgaben wie folgt: 16 810 Mark für Militärlosen (gegen das Vorjahr + 1522), 32 160 Mark für das Stadesamt (+ 3089), 2060 Mark für den Stabtauschuß (+ 343), 13 180 Mark für das Kaufmannsgericht (+ 1452), 14 891 Mark für das Eich- und Wagemat (+ 83), 2000 Mark an sonstigen Staatslasten (- 1519), 326 658 Mark Provinziallotterien (+ 32 828).

### Der Provinzial-Landtag

tritt, wie schon seinerzeit bei der letzten Tagung angefangen war, Ende März zu einer kurzen Beratung in Merseburg zusammen. Er wird sich namentlich mit der Erhöhung der Gehälter der Provinzialbeamten zu beschäftigen haben.

### Erweiterung der preussischen Lotterie.

Zu der infolge des Anschlusses von Braunschweig und Bremen an die preussische Lotteriegemeinschaft bestehenden Erweiterung der preussischen Klassenlotterie ist, wie wir hören, die Zahl der neu zu errichtenden preussischen Lottereeinnehmerstellen in Braunschweig und Bremen auf insgesamt etwa 30 festgelegt worden. Eine Vermehrung der Stammlöse läßt die Lotterieverwaltung in Höhe von 16 000 Stück eintreten. Die neuen Lottereeinnehmerstellen werden in erster Linie mit den von der braunschweigischen Regierung in Vorjahre gebrachten Kollektoren der dortigen Lotterien besetzt werden. Wie aus einem von der Generallotteriedirektion erteilten Bescheide hervorgeht, ist die Zahl der zu übernehmenden braunschweigischen Kollektoren so groß, daß andere Bewerber vorläufig feinerlei Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Die Landeslotterien für die Bezirke für das zweite Halbjahr 1908 auf drei Viertel des Beitragsverhältnisses festgelegt.

Der Kreisverband der Jünglingsvereine veranstaltet am 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Triaifaläen ein gemeinliche Kaffeegeburtstagsfest. Musikalische und bellamatorische Darbietungen werden zu den Ansprachen hinzutreten und so den Abend bereichern.

# Provincial-Nachrichten.

**Haarburg, 22. Jan.** (Verh. Wunden.) Seit dem 9. Januar früh 7 Uhr ist ein heftiges Dienstmädchen verstorben, die am 17. Februar 1891 in Nebra geborene Bertha Scholle. Sie war bei dem Kaufmann S. in der Galgstraße im Dienste. Weber dem Dienstnach dem Eltern ist der geringste Anhaltspunkt dafür bekannt, was sie zum Verlassen des Dienstes bewegen haben könnte.

(1) **Trebniß, 21. Jan.** (Brand auf Grube Trebniß.) Geliebte Nostropfen erlösten heute abend gegen 6 Uhr über die heilige Grube. Es brannte das neue Schmelzergelände der „Grube Trebniß“. Durch das Herausfahren eines Schmelzpfannes war bei langer Dack gleich in Flammen geraten. Durch die guten Vorrichtungen der Grube und infolge der Windhülle konnte der Brand bald wieder auf seinen Feind beschränkt werden. Das ältere Schmelzergelände brannte im vorigen Jahre am 18. Januar bis auf die Umfassungsmauern nieder.

**Leipzig, 21. Jan.** (Attentat auf den Zug.) Auf den Eilzug Nr. 162 von Berlin nach Leipzig wurde vorgestern nachmittags gegen 4 Uhr in der Nähe von Woda ein Schuß abgegeben. Die Kugel durchschlug das Fenster eines Abteils zweiter Klasse. Zum Glück wurde niemand verletzt.

**Aus Südböhmen, 21. Jan.** (Eine Muttat) brachte der „Nordb. Wltg. Ztg.“ zufolge der Kaiser Geburtstagstafel des kaiserlichen Großherzogs einen jähen Abbruch. Ein ebensolches Mitglied des Vereins, der Weidhändler Heint. Wip, der wegen mehrfacher Räuereien aus dem Verein ausgeschlossen worden war, drang, mit zwei Schlächtermessern bewaffnet, in das Festlokal ein und schlug sinnlos auf sich. Der Arbeiter August Wolf erhielt einen Stich in den Unterleib und mußte schwer verletzt in die Göttinger Klinik überführt werden. Zwei andere Männer wurden durch Stiche in der Hand und an der Schulter verwundet. Nur mit großer Mühe gelang es, den Rasenden zu überwinden, der noch am Abend in das Göttinger Gefängnis eingeliefert wurde.

## Gerichtsverhandlungen.

### Sittlichkeitsverbrechen in der Schule.

**Bernburg, 22. Jan.**

Die skandalösen Vorgänge in der Reunborger Schule, — Verführung von Schulmädchen, — die feinerzeit großes Aufsehen erregten, kamen gestern vor der heiligen Strafkammer zur Verhandlung. Angeklagt waren die Lehrer Hermann Naumann, Otto Nordmann und Otto Körtling. Die umfangreiche Beweisaufnahme — es waren ca. 30 Zeugen geladen — die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, entrollte düstere Bilder.

Es wurden verurteilt: Naumann wegen Verbrechen gegen § 176 Zähl 3 des Strafgesetzbuches in fünf Fällen sowie wegen Verbrechen gegen § 174 Zähl 1 Str.-G.-B. in neun Fällen zu 5 Jahren Gefängnis; Nordmann wegen Verbrechen gegen § 176 Zähl 3 Str.-G.-B. in fünf Fällen und wegen Verbrechen gegen § 174 Zähl 2 Str.-G.-B. in acht Fällen zu 4 Jahren Gefängnis; Körtling wegen Verbrechen gegen § 176 Zähl 3 Str.-G.-B. zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Außerdem wurde gegen Naumann und Nordmann auf je 5 Jahre, gegen Körtling auf 3 Jahre Ehrverlust erkannt. Letzterer unterwarf sich dem Urteil.

## Letzte Nachrichten.

### Einigung über die Berliner Wahlproteste?

**Berlin, 22. Jan.** Wie die „Germania“ erfährt, haben über die Notwendigkeit neuer Landtagswahlen in Berlin zwischen den Konfessionen und Freisinnigen Verhandlungen stattgefunden, die dazu führten, daß der Protest auf einen Wahlkreis beschränkt bleibt.

### Noch kein Urteil im Mordprozess Woldeberg.

**Berlin, 22. Jan.** Im Prozess gegen den Kaufherrn Woldeberg wegen Ermordung der Frau Buchholz befaßten die Geschworenen die Schuldfrage. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin die Todesstrafe. Der Verteidiger Justizrat Sello beantragte, das Urteil auszusprechen und die Sache an ein anderes Schwurgericht zu verweisen. Nach sehr langer Beratung kam das Gericht zu dem Schluss, die Geschworenen hätten sich zugunsten des Angeklagten geäuert; es sei daher dem Antrag der Verteidigung stattzugeben. (Das Gericht scheint demnach nur Zustimmung, nicht Wort anzunehmen.)

### Strandung eines Fischdampfers.

**Geestemünde, 22. Jan.** Der heilige Fischdampfer „Gründland“ ist bei Island gestrandet. Das Schiff ist verloren, die Mannschaft gerettet.

### Die innere Krisis in Ungarn.

**Wien, 22. Jan.** Der ungarische Minister Graf Apponyi erläuterte heute mittig in einer besonderen Sitzung dem Kaiser über die Haltung der Unabhängigkeitspartei in der Bankfrage Bericht. Von zuverlässiger Seite wird mitgeteilt, daß nach der Audienz als feststehend betrachtet werden kann, daß eine endgültige Entscheidung in der Bankfrage nicht unmittelbar bevorsteht. Die latente Krisis in Ungarn wird demnach fortwährend und voraussichtlich erst in einigen Wochen ihr Ende finden.

**Konstituierung eines Anzeigens-Ausschusses für Bosnien.**  
**Wien, 22. Jan.** Der Ausschuss zur Beratung der bosnischen Anzeigensfrage konstituierte sich heute und beschloß, den Minister des Inneren Baron Wenkheim, den gemeinsamen Finanzminister v. Burian und den Ministerpräsidenten Baron Kautsky zur Teilnahme an den Verhandlungen einzuladen. Bisher haben die gemeinsamen Minister noch niemals den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beigewohnt.

### Bulgarien und die Türken.

**Konstantinopel, 22. Januar.** Kiamil Pascha soll geäußert haben, daß die Forderungen der bulgarischen Entschädigungsangebot von 6½ Millionen Pfund nicht annehmen würde.

### Die Bandenbewegung in Macedonien.

**Konstantinopel, 22. Jan.** „Sani Gazette“ veröffentlicht einen höchst alarmierenden Bericht über die Bandenbewegung in Macedonien. Die Lage sei dort beraterisch, daß der Gouverneur von Monastir sich angewandt hat, die von Türken bewohnten Dörfer mit Waffen zu versehen.

## Neue Erdbebe in Süd-Italien.

**Rom, 22. Jan.** In Messina und Reggio wurden heute morgen um 4 Uhr neue heftige Erdbebe verspürt, denen ein hartes unterirdisches Rollen vorausging.

**Neapel, 22. Jan.** Die Sammlung der heiligen Deutschen für Italien beträgt 10 000 Lire.

## Dr. Paul über die Lage in Venezuela.

**Frankfurt a. M., 22. Jan.** Mit dem im Haag zur Regelung einiger Detailfragen noch weilenden venezolanischen Minister und Sondergeordneten Dr. Paul hatte ein Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ eine eingehende Unterredung. Dr. Paul erklärte, die Abfassung der 30prozentigen Zuglagesätze für die Antillen und Curacao könne nicht den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen bilden. — Castro sei ungefährlich und vollkommen isoliert. Selbst sein Bruder, der mit einem Arsenal von Waffen versehenen als Garantie zurückgelassen war, habe sich in die veränderten Verhältnisse gefunden. — Dr. Paul wird sich vom Haag aus nach Berlin und London begeben.

## Unterhaltungsblatt.

**Sündige Mütter.** Roman von Anna Hofke. (Fortsetzung.)  
— Heimkehr. Erzählung von M. W. (Schluß.)  
— Bunte Zeitung. Von Widenbruch. Welsentat. Der Weg durchs Fenster. — Literatur.

## Blätter fürs Haus.

**Moderne Gesellschaftsspiele.** Von Theodor Killemann. — **Neue Maskenstoffe.** Von Albert v. Düring. — **Etwas über Kaviar.** Von C. F. Stuhlf. u. Co., Hamburg. — **Merlei.**

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Die Erneuerung des Kalisyndikats.

Gegenüber anderen Auffassungen erscheint es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, dass keineswegs in führenden Kreisen des Kalisyndikats die Absicht besteht, die im letzten Zuge befindlichen Erneuerungs-Verhandlungen gänzlich ruhen zu lassen, bis zunächst eine Einigung mit den Kaliberwerken Hattorf oder weiter eine generelle Verständigung mit den im Jahr 1909 föderalisch werdenden Kaliberwerken erzielt ist. Nur erscheint es dem Aufsichtsrat des Kalisyndikats zweckmäßig, die Erneuerungs-Verhandlungen zunächst die Beseitigung schwerwiegender Differenzen, wie etwa im Falle Hattorf, voranzutreiben. Ferner ist dem „Börsen-Courier“ hört, der Aufsichtsrat des Kalisyndikats sich darüber einigt, dass auch die Weiterführung der Erneuerungs-Verhandlungen nur dann einen durchschlagenden Erfolg finden kann, wenn es gelingt, mit den im Laufe des Jahres 1909 reif werdenden Kaliberwerken vor der Erneuerung des Syndikats ein festes Vertragsverhältnis zu schaffen. Ein dahingehender Beschluss ist von Aufsichtsrat des Kalisyndikats in seiner letzten Sitzung einmütig gefasst worden. Dass ein derartiges Vertragsverhältnis nicht nur im Interesse des Syndikats und des Absatzes, sondern auch der heranreifenden Werke und namentlich der Anteilseigner der syndikatsreifen werdenden Werke liegen würde, kann nicht zweifelhaft sein. Es wäre daher nur zu begrüssen, wenn neben der Fortsetzung der Erneuerungsverhandlungen generell Verständigungen mit den herausreichenden Werken baldigst in die Wege geleitet werden.

Wie weiter berichtet wird, hat der Vorsitzende der Redaktionskommission für den Entwurf eines neuen Syndikatsvertrages, Bergmann Dr. Frick, die Einladung zu weiteren Verhandlungen für Anfang Februar vorgesehen. Hierbei dürfte Voraussetzung sein, dass der Streit mit Hattorf inzwischen eine völlige Klärung erfahren haben wird, sei es durch Verständigung mit dem Syndikat, sei es im Sinne eines offenen Konkurrenzkampfes.

**Berliner Börse.** Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 198,37, Diskont 183,50, Deutsche Bank 243,87, Kanada 174,70, Paketfahr 113,70, Nordl. Lloyd 94, Russische Anleihe von 1902 83, Laurahütte 201, Bochumer Guss 224, Harpener 194,12, Gelsenkirchener 190, Berliner Handelsgesellschaft 170,87, Baltimore 111,50, Phoenix 176, Dresdner Bank 185,87, Schaaffhausen 134,50, Lombarden 18, A.-G. 223, Siemens & Halske 201,70, Deutsche Uebersee 149,20, Otavi 199,25. — Tendenz: Abgeschwächt.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: Brauerei Pfefferberg 1,50, Berl. Speditionverein Vorz.-Aktien 1,50, Akt.-Ges. für Verkehrswege 6,25, Altes Zement 1,50, Archimedes 1,25, Dissektoer Waggon 2,20, Rhein. Metall Vortz. — Loeve & Co. 3, Ver. Kammerische Werke 2,90, Ezerstoff Masch. 3, Wegelin & Häbner 2, Buekan chem. Fabr. 2, Heyden chem. Fabr. 2, Deutsche Gasglühlicht 26,75, Deutsche Waffenfabr. 3,75, Thobis Oelfabr. 3, Ver. Dampfzylinder 4,25, Vogel 2, Zuckerfabr. Froebel 1,75, Koerbisdorf Zucker 3, Gebhardt & König 3,50, Donnersmarckhütte 3,50, Hoeh 3, König Wilheim 4, Oberschiele, Eisenb. Bet. 2, Langender 2,20, Witten Stahlrohren 2,75, Neue Boden-Ges. 2, Neu-Westend 2,20, Titten Südbröden 2, Teltow Kanal 3,75, Terrain Südwest 3, niedriger: Hallesche Masch. 2,50, Howaldtwerke 2, Wiesloch 2,50, Milowice 6.

**Hausse in Kolonialwaren.** Die Rede des Staatssekretärs Dernburg in der Deutschen Kolonialgesellschaft lief in Berlin eine lebhaftere Bewegung in den Werken von Kolonialgesellschaften hervor. Den Löwenanteil von dieser Bewegung trugen die Anteile der Otavi-Minergesellschaft davon. Sie erzielten mit 194½ Proz. gegenüber einem gestrigen Kurse von 185¼ Proz. und sprangen bei mildem Geschäft bis auf 200¼ Proz., um sich dann wieder auf 198¼ Proz. abzuschwächen. Das Publikum beteiligte sich an dieser Bewegung in ziemlich starkem Maße, wobei wohl der Umstand eine Rolle spielte, dass nicht nur die sich speziell mit dem Handel in Kolonialartikeln beschäftigenden Firmen, sondern auch die Kommissionen-firmen seit mehreren Tagen dieses Papier empfehlen.

**Zur Zahlungsunfähigkeit der Getreidefirma Brandenstein & Co.** in Halle ist mitzuteilen, dass die Firma in einem Zirkular ihre Passiven auf 886 000 Mk. ihre Aktiven auf 46 000 Mk. beziffert. Demnach ist der Status ungünstiger, als anfangs verlautete, wo von 641 000 Mk. Verbindlichkeiten und 80 000 Mk. Aktiven die Rede war. Die Firma bietet bekanntlich 25 Proz.

## Waren und Produkte.

### Getreide.

**Berliner Produktendörse, 22. Jan.** Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 109—110, Roggen inl. 105,50—106, Hafer, inländ. mecklenburg., pomeranischer Preis, pomeranischer 105,50—106, 116—118, mittel 110—115, ger. 105—106, russischer mittel u. gering —, Mais, runder 160—165, Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 154—154, r. 165—160, russische und Donau leichte 185 bis 183. Erbsen mittel u. ausländische Futtererbsen 182—188, klein —, Weizenkleie 11,00—12,00, Roggenkleie 11,50—12,00. (Alles frei Baar.)

## Zucker.

**Hamburg, 22. Jan.** Rübenzucker, 1. Produkt, Basis 89½, Rendement ohne Usance, frei am Bord Hamburg  
abends  
vorm. nachm.  
per Januar . . . 89,50 89,50 89,40  
per März . . . 20,65 20,65 20,55  
per Mai . . . 20,85 20,85 20,80  
per August . . . 21,15 21,15 21,10  
per Oktober . . . 19,70 19,70 19,65  
per Dezember . . . 19,60 19,65 19,55  
fest ruhiger schwächer

## Kaffee.

**Hamburg, 21. Jan.** Good average Santos  
abends  
per März . . . 83 Gd. 83 Gd. 83 Gd.  
per Mai . . . 83½ Gd. 83½ Gd. 83½ Gd.  
per September . . . 81½ Gd. 81½ Gd. 81½ Gd.  
per Dezember . . . 108 Gd. 108 Gd. 108 Gd.  
still ruhiger behauptet

**Havre, 22. Jan.** Kaffee good average Santos per März 41½, per Mai 40½, per Sept. 39½, per Dez. 39½, Schwächer  
**Rio de Janeiro, 22. Jan.** Kaffee-Zukuhren 9000 Sack in Rio 37 000 Sack in Santos.

## Metalle.

**London, 22. Jan.** Chili-Kupfer stetig 59½, 8 Mon. 60½, Zinn Straits Kupfer 127½, 3 Monat 129½, Bismut span. 131½, englisch 131½, Zink, gewöhnliche Marke, ruhig, 21½, spms. Marke 21½.

## Amerikanische Warenmärkte.

### Kabelmeldungen via Azoren-Indien.

**New York, 22. 21. Chicago, 22. 21.**  
Weizen p. Mai 111 111½, Weizen p. Mai 107½, 107½  
Mais p. Mai 104½, 105, Mais p. Mai 67½, 67½  
Jungbutter Juli 69½, 69½, Juli 62½, 62½  
Mehl Spring clears 4,25 4,26 Hafer p. Mai 52 52  
Kaffee Fair Rio Nr. 1 6,08 6,08, Juli 48½, 48½  
p. Jan 5,65 5,65, Soignas p. Mai 84 84  
p. Febr. 5,70 5,70, Soignas p. Jan. 9 9  
Petroleum in Cases 10,90 10,90, „ Mai 9,75 9,75  
do. in New York 8,50 8,50 „ „  
do. in Philadelphia 8,45 8,45 „ „  
Tendenz: Weizen fest, Mais stetig.

## Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null)

Staat und Unstr.	21. Jan.	+0,40	22. Jan.	+0,40	—	21. Jan.	—	22. Jan.	—
Artern, Brückenpegel	21	1,40	22	1,40	—	—	—	—	—
Nebra, Oberpegel	—	+1,93	—	+1,94	4	—	—	—	—
„ Unterpegel	—	+1,33	—	+1,34	4	—	—	—	—
Weissenfels, Oberpegel	—	+0,16	—	+0,16	6	—	—	—	—
„ Unterpegel	—	+0,16	—	+0,16	6	—	—	—	—
Ilrotha	21	+1,80	22	+1,70	10	—	—	—	—
Alstedten, Oberpegel	21	+2,50	22	+2,40	14	1	—	—	—
„ Unterpegel	—	+0,92	—	+0,86	6	—	—	—	—
Bernburg	—	+1,42	—	+1,42	—	—	—	—	—
Kalbe, Oberpegel	—	+1,42	—	+1,42	—	—	—	—	—
do. Unterpegel	—	+1,42	—	+1,42	—	—	—	—	—

Isler, Eger, Elbs, Moldau.

Büdw.	1	+0,60	4	—	10	—	10	—	10	—
Prag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baltimore	—	-0,10	—	—	—	—	—	—	—	—
Laun.	—	-0,08	22	—	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	—	-0,6	14	—	—	—	—	—	—	—
Brandis	—	-0,15	11	—	—	—	—	—	—	—
Wienik	—	-0,38	11	—	—	—	—	—	—	—
Lauernitz	22	-0,37	11	—	—	—	—	—	—	—
Awesig	—	-0,13	8	—	—	—	—	—	—	—
Nordsee	—	-1,45	11	—	—	—	—	—	—	—

## Prämien-Kursbericht.

Der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin, 22. Jan. 1909.  
Telegraph-Adresse: „Bahnenbank Berlin“.

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorkrämen bzw. Käufers für Rückprämen:

	Vorkrämen	Rückprämen		
	Febr.	März	Febr.	März
Lombarden	149½	149½	149½	149½
Frankosen	148½	148½	148½	148½
Bahnen	148½	148½	148½	148½
Canad. Pacific	187½	187½	187½	187½
Türken-Lose	148	149	148	149
Darmstadt B.	180½	180½	180½	180½
Gen. Comm.	184½	184½	184½	184½
Ber. Hdlsges.	172½	172½	172½	172½
Dtsch. Bank	246	246	246	246
Dresdner Bk.	169½	169½	169½	169½
Oester. Cred.	209½	209½	209½	209½
Russenbank	185½	185½	185½	185½
Dynam. Trust	150½	150½	150½	150½
Hamb. Paket	115½	115½	115½	115½
Nordl. Lloyd	93½	93½	93½	93½
Prince Henry	191½	191½	191½	191½
Gr. Berl. Strb.	179½	179½	179½	179½
3½ Heubiand.	86½	86½	86½	86½
Rüssen 1909	91½	91½	91½	91½
Bochumer	204½	204½	204½	204½
Laura	207½	207½	207½	207½
Gelsenkirch.	198½	198½	198½	198½
Harpener	197½	197½	197½	197½
Phönix	180½	180½	180½	180½
L.-Luxemb.	167½	167½	167½	167½
Dortmunder	168½	168½	168½	168½
A. E. G.	226½	226½	226½	226½

Vorkrämen per März: Lombarden 158½—159, Baltimore 147½ bis 151, Canada 181½—182, Darmstadt Bank —, Bochumer 228½—231, Laura 206½—4, Gelsenkirchener 194½—4, Phönix 182½—4, Harpener 191½—4, A. E. G. 228½—4.

Nachfrage und Angebot-Preis von Kall-Kuxen, von Samuel Zielenziger, Berlin und Cassa, 22. Jan.

Adler-Kal. V.-A.	Geld	Brut	Hugo	Geld	Brut
Alexanderhall	6750	6900	Immenrode	8300	3500
Bienrode	4900	4500	Johnannahall	8200	—
Burbach	11,500	1,800	Justus I	70	72
Carlsbad	6700	—	Kassenerode	8650	2500
Coselbahall	—	3E	Kirgenhall-Akt.	73½	75½
Desselmann	5500	—	Ludwigshall	75	77
Dtsch. Kall-Akt.	100½	101½	Neustadt	—	9000
Rüssen	3150	3250	Reichsrohn	—	1100
Friedrichshall	73	75	Roland (Lona)	—	80
Giechshau	15,200	15,600	Ronnenberg (Akt.)	119	121
Guthshall	4150	—	Rottenberg	1875	1650
Henn. Kall Akt.	27	—	Sachsen-Weimar	1250	2500
Hansa	2950	3050	Schierkehaus	250	300
Harkort Vork.-A.	78	77	Siegrift I	3150	3250
Heidburg	293	57	Sigmundshall	127	130
Heidrunen I	1275	1275	Teutonus-Akt.	1225	125
Heidrunen II	1075	1125	Wilhelmshall	9500	9800
Hermann II	1850	1900	Wintershall	11,800	12,100
Hohenfels	6200	—	—	—	—
Hohenollern	3200	3400	—	—	—

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Brotzettelnachrichten, Bericht und Sport: Eugen Frimkamp; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Anzeigenteil: Edwin Alexander-Kag; für den Interententeil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Henschel. **Sämtlich in Halle a. S.**  
— Diese Nummer umfasst 8 Seiten. —  
(einstufiges Unterhaltungsblatt“ und „Blätter fürs Haus“.)

